

# Große Herausforderung für Benazir Bhutto

– Unruhen erschüttern vor allem Karachi –

Während der letzten Monate kam es immer wieder zu Unruhen in Karachi, das mit über 40 % der nationalen Industrieanlagen Pakistans wirtschaftliches Zentrum ist. Bilanz der Unruhen: 23 Tote und ein materieller Schaden von mehreren Millionen Rupien (eine Rupie sind etwa 0,10 DM). Nach den Parlamentswahlen im November vergangenen Jahres hatten viele die Hoffnung gehegt, daß mit dem Übergang zur Demokratie auch in Karachi Ruhe einkehren würde. Diese Hoffnung wurde jedoch enttäuscht. Es ist offenbar zu einfach, die Ursache für die Unruhen, die die Stadt seit 1985 immer wieder erschüttern, dem Kriegsrecht und damit dem im August vergangenen Jahres ums Leben gekommenen General Zia ul Haq anzulasten. Welche anderen Gründe können eine Erklärung dafür abgeben, daß vor allem die Stadt mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen in Pakistan nicht zur Ruhe kommt?

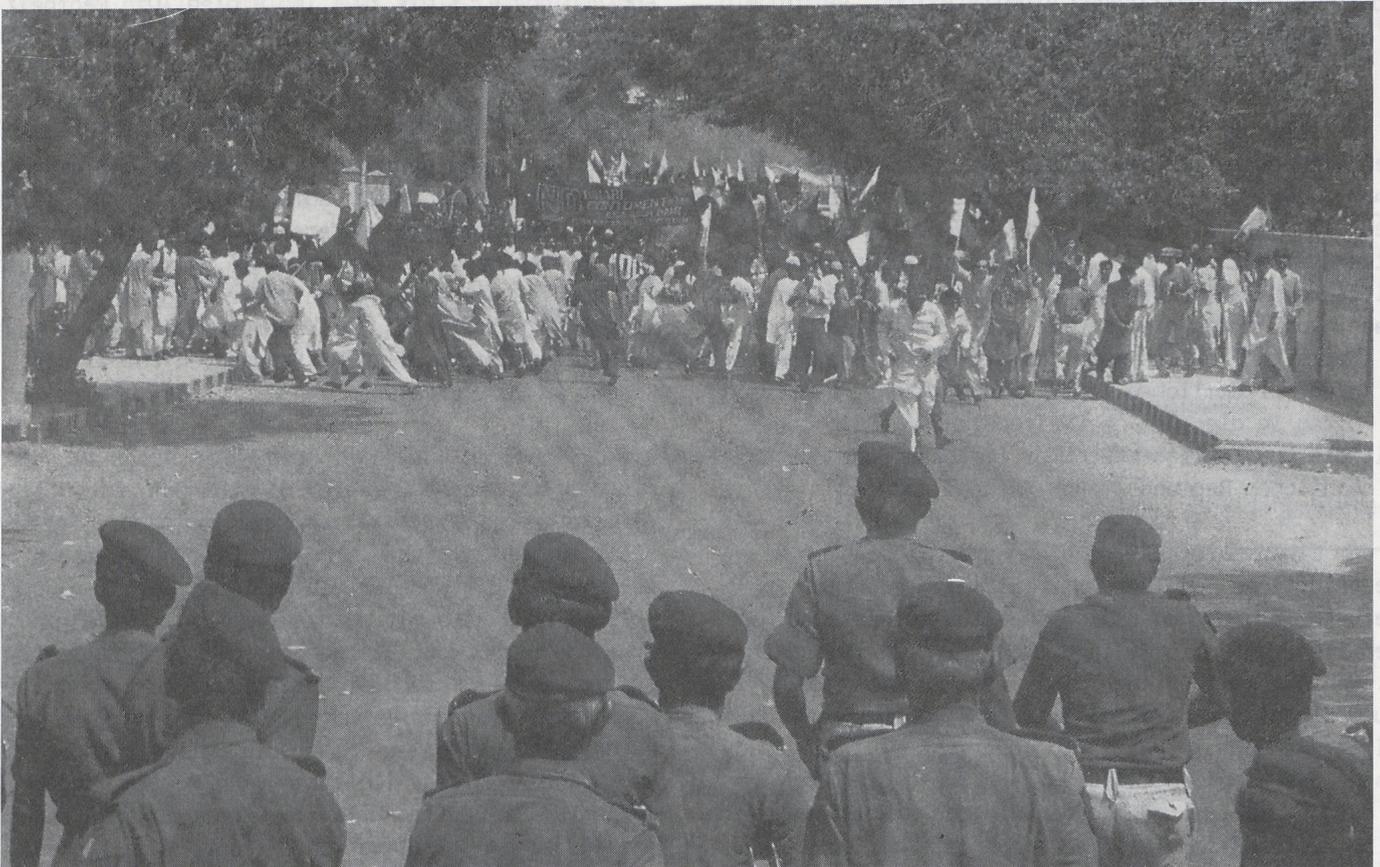


Foto: 'Herald' Karachi

## Das "Problem" Karachi

Ähnlich wie in den meisten Städten des Orients ist auch Karachi geplagt von einem steten, über dem nationalen Durchschnitt liegenden Bevölkerungswachstum: Die jährliche Zunahme betrug in der Hafenstadt zwischen 1971 und 1981 5 %, in ihrem Hinterland, dem Sindh, 3,6 %. Auf der nationalen Ebene waren es 'nur' 3 %. Entsprechend leben in Karachi auf jedem Quadratkilometer durchschnittlich 1.542 Menschen, verglichen mit 135 Menschen im Sindh und 105,8 Menschen pro Quadratkilometer im pakistanischen Durchschnitt. Der hohe Bevölkerungszuwachs in Karachi hat seine Gründe nicht allein in der hohen Geburtenrate. Er ist auch in der massiven Zuwanderung aus anderen Teilen des Landes und dem Ausland begründet. Ähnliches gilt für Hyderabad, das mit über 2 Millionen Einwohnern die zweitgrößte Stadt der am stärksten verstädterten Provinz Pakistans ist.

Zu den Zuwanderern zählen zunächst die Auswanderer aus dem heutigen Indien (sogenannte Mohajirs, Flüchtlinge und deren Nachkommen von 1947, aus Anlaß der Gründung Pakistans, Urdu-sprachig). Hinzu kommen Migranten aus dem ehemaligen Ost-Pakistan, dem heutigen Bangladesh (Biharis, ebenfalls Urdu-sprachig). Die weitaus größere Migratengruppe stellen jedoch die aus anderen Regionen Pakistans nach Karachi strömenden Punjabis, Pakhtunen oder Baluchen dar. Die Zahl der Binnenwanderer machte – laut offizieller Statistik – zwischen 1971 und 1981 ein Drittel der Bevölkerung Karachis aus. Tatsächlich ist Karachi heute die Stadt mit der größten Pakhtunenbevölkerung in Pakistan, ähnlich dem "türkischen" Berlin. In Karachi beherrschen die Pakhtunen das Transportwesen, den Waffen- und den Drogenhandel. Während die Flucht der Mohajirs aus Indien bisweilen religiös motiviert war – wobei wirtschaftliche Gründe nicht zu unterschätzen sind –, wird die

Binnenwanderung von rein wirtschaftlichen Erwägungen getragen. Die Industrie kann jedoch die zusätzlichen Arbeitskräfte nicht adäquat absorbieren, sodaß ein beachtlicher Teil der Zuwanderer sich im Dienstleistungsbereich behaupten muß, in dem die Arbeiterschaft kaum organisiert ist. Aber nicht nur im Arbeitsbereich fehlt es an sozialen Sicherungsnetzen. Auch im privaten Bereich haben sich die herkömmlichen Solidargemeinschaften Familie bzw. Stamm bei der Landflucht aufgelöst.

Ganz in der Tradition einer kolonialen Stadt weist auch Karachi eine sozialräumliche Differenzierung auf. Zusätzlich kommt es jedoch zu räumlichen Abgrenzungen der Ethnien: Jede Ethnie innerhalb einer sozialen Schicht hat ihre eigenen Gebiete. Diese entsprechen wiederum einer spezifischen Arbeitsteilung, verhindern die Herausbildung einer zusammenhängenden Gesellschaft und führen zu sozialen Ghettos.

Die aus ihrem traditionellen Zusammenhang herausgerissenen Wanderarbeiter lassen sich meist in sogenannten Kacha Abadis (Slum-ähnlichen Ansiedlungen) nieder, die jederzeit vom Abriß bedroht sind. In diesen Ballungszentren sammelt sich dann das Substrat für soziale und politische Unruhen. Neuerdings wird dieser Zustrom nach Karachi auch durch die traditionellen religiösen Schulen forciert, die ihre Ausbildungszentren zunehmend von ihren herkömmlichen Zentren in Peshawar, Lahore und Multan in die südliche Metropole verlagern und damit die theologischen Schüler, insbesondere die aus den nördlichen Regionen, nach Karachi locken.

Mit dem Einwandererzustrom nach Karachi hat sich also eine städtische Bevölkerung entwickelt, die sich in ihrer ethnischen und sprachlichen Zusammensetzung wesentlich vom übrigen, ländlichen Sindh unterscheidet. Während im ländlichen Sindh fast 80 % der Bevölkerung Sindhi sprechen, sind es im städtischen Sindh weniger als 20 %. Urdu, Nationalsprache Pakistans und Sprache der Mohajirs, wird im ländlichen Sindh nur von 2 % der Bevölkerung gesprochen, in den Städten dagegen von 50 %. In Karachi beträgt der Anteil der Urdu-sprachigen Bevölkerung 54 %, Punjabi sprechen 14 %, Pushto 9 % und Sindhi und Balochi jeweils nur 6 % und 4 %. Nicht für alle Distrikte im Sindh sind die jeweiligen Sprachenanteile veröffentlicht worden. Der Zensus von 1981 weist z.B. keine Daten für Hyderabad aus. Vermutlich spricht die Mehrheit der Bevölkerung dort Urdu. Darin zeigt sich der delikate Charakter des Sprachenproblems in Pakistan im allgemeinen und im Sindh im besonderen.

### **Vorläufer der Unruhen**

Die Unruhen im städtischen Sindh sind geprägt von den wirtschaftlichen Erwägungen und Möglichkeiten einer jeden ethnischen Gruppe und erreichten ihren vorläufigen Höhepunkt im September 1988. Schon Mitte des Monats war es zu zahlreichen Zusammenstößen gekommen: Es war zu Schießereien zwischen Studentengruppen der Jamiat-e Tulaba, der Studentenorganisation der reli-

giös konservativen Jama'at-e Islami (JI; Gesellschaft des Islam) (1) einerseits und der All Pakistan Mohajir Students Organisation (APMSO) (2) andererseits gekommen; eine Veranstaltung des Führers der Jamiat-e Ulama Pakistan (JUP; Vereinigte Schriftgelehrte Pakistans) (3), Maulana Noorani, wurde durch Anghänger der Mohajir Qaumi Mahaz (MQM; Mohajir Nationalfront) (4) mit Waffengewalt gestört; und schließlich kam es in einem Stadtteil Karachis, den sogenannten Lines Areas (5), die durch ethnische Vielfalt und schlechte Lebensbedingungen gekennzeichnet sind (siehe Karte), zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Bevölkerung und Polizei.

Die Lines Areas sind sehr dicht besiedelt, 53 % der Haushalte haben ein monatliches Familieneinkommen von 600 Rupien, 47 % bis zu 1.100 Rupien. Die Mehrheit verdient ihren Unterhalt als Tagelöhner. Die hier lebenden Mohajirs sympathisieren teils mit der MQM, teils mit der JUP. Da die Gebiete im Zentrum der Stadt liegen, sind die der öffentlichen Hand gehörenden Grundstücke eine potentielle "Goldgrube". Die Regierung plante, das Gebiet räumen zu lassen. Da sie das jedoch wegen massiver Widerstände der Bevölkerung nicht durchführen konnte, versuchte sie, bislang erfolglos, die dortige Wohnbevölkerung "auszuhungern": durch fehlende Elektrizität und Wasseranschlüsse, keine Abwasseranlagen und nur zwei Mittelschulen für 25.000 Kinder im Schulalter.

Die dreitägigen Unruhen in den Lines Areas begannen mit dem Zusammenstoß zweier Stadtbanden. Die Polizei nahm einen Schußwechsel zum Anlaß, einzugreifen. Als sie ebenfalls von ihren Schußwaffen Gebrauch machte, glaubte die Mohajir Mehrheit der Bevölkerung, die Polizei habe sich mit der zahlenmäßig kleinen Punjabi-Gemeinde verbündet. Die Schießereien griffen auf andere Viertel Karachis über. Am zweiten Tag griffen Mohajir-Militante die Punjabi-Gemeinde an. Die Bevölkerung wandte sich nun gegen die Polizei. Am dritten Tag, einem Samstag, lieferten sich Polizei und Bevölkerung an 12 Stellen Gefechte. Zentrum der Attacken war eine Polizeistation im Zentrum der Lines Areas. Am Ende waren 12 Tote zu beklagen, darunter fünf Frauen und ein Kind.

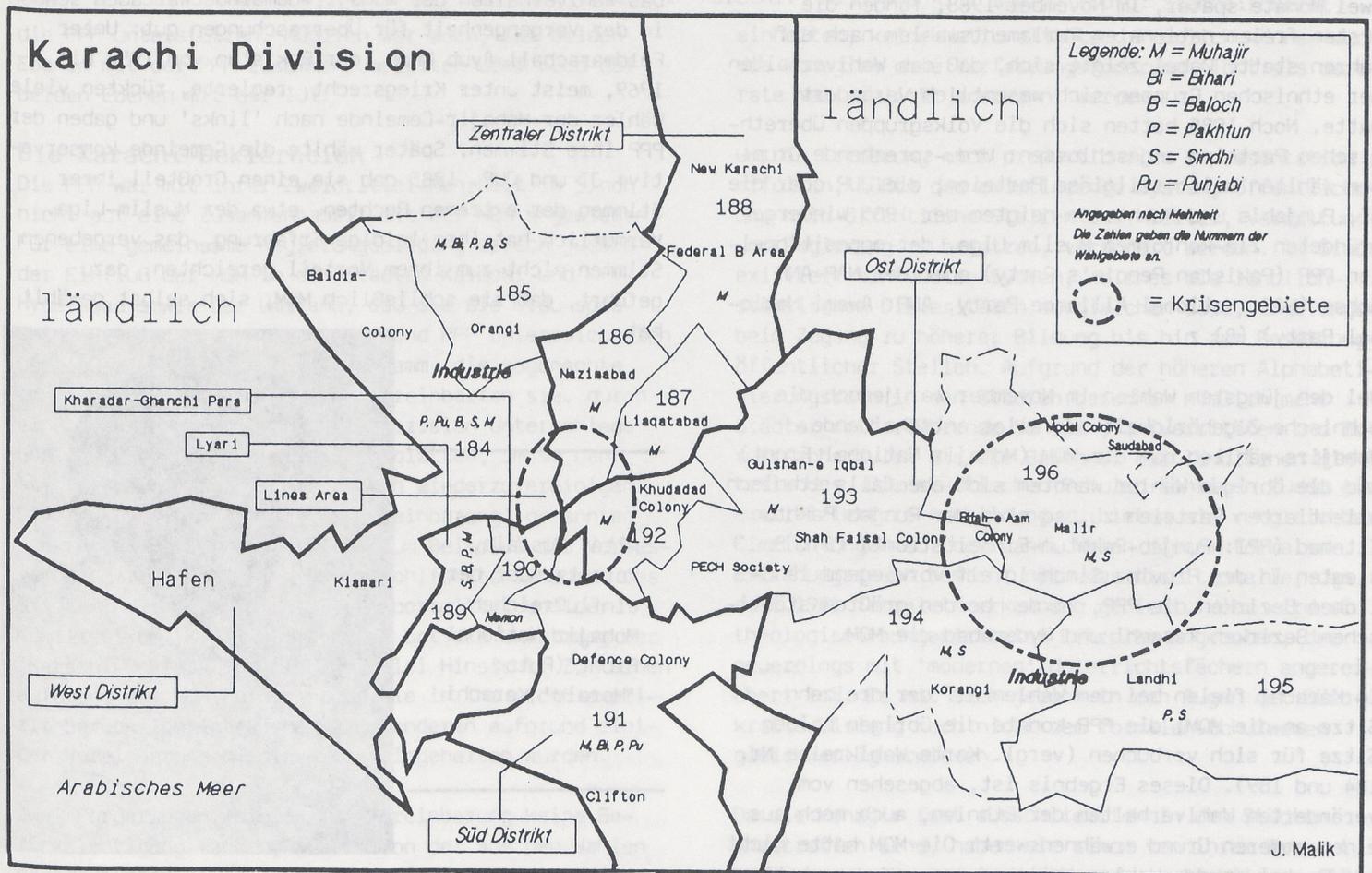
### **Massaker und Gegenmassaker**

Am 30. September kam es zu einem weiteren Massaker in der zweitgrößten Stadt Sindh, in Hyderabad. Am frühen Freitagabend überfielen Schießkommandos gleichzeitig mehrere von Mohajir dominierte Bereiche der Stadt, die zu dieser Zeit besonders frequentiert waren. Mit Maschinengewehren feuerten sie wahllos in die Menge und töteten innerhalb von nur 30 Minuten 250 Menschen (163 nach offiziellen Angaben). Neun Stunden später kam es zu einer neuen Operation in Karachi (6): Diesmal klopfen die Überfallkommandos an die Türen von Sindhis. Wurde auf die Frage nach dem Herkunftsort ein Distrikt im inneren des Sindh genannt, etwa Larkana oder Dadu, so wurde geschossen. Die Insassen eines Busses wurden von einem Kommando nach Ethnien getrennt. Anschließend

wurden die Sindh niedergemäht. Bilanz: weitere 60 Tote. Bald griffen die Unruhen auf andere Städte im Sindh über.

Die etwa 50 maskierten Gewalttäter des Massakers von Hyderabad und ihre Hintermänner wurden bisher nicht bekannt. Allerdings kursierten mehrere Theorien diesbezüglich. Eine Theorie schrieb die Verantwortung einer Fraktion der Jiye Sindh Student Federation (JSSF) (7) zu. Sie habe angeblich beweisen wollen, besser organisiert und "nationalistischer" zu sein als eine andere Fraktion dieser Sindh-nationalen Studentenvereinigung. Zwei Feudalherren mit einem Interesse daran, die im November anstehenden Parlamentswahlen zu verhindern, hätten diese Killergruppen zur Verfügung gestellt. Einer anderen - von staatlicher Seite verbreiteten - Theorie zufolge, soll Indien die Hand im Spiel gehabt haben. In einer weiteren Theorie wurde gemutmaßt, daß das Massaker gegen die Kräfte innerhalb der Mohajir-Bewegung und die nationalistischen Sindh gerichtet war, die auf eine Sindh-Mohajir-Einheit hingearbeitet hatten.

Kader in Hyderabad damit, sich zunehmend einer Pro-Zentrum-Linie anzunähern. Gleichzeitig bildete sich die Sindh National Alliance heraus, die SNA. 20 Sindh-Organisationen von extrem nationalistischer bis hin zu linker und kommunistischer Gesinnung schlossen sich zusammen. Die SNA, die die gesamte Sindh Bevölkerung vertreten sollte, wurde bald vor allem zum Sprachrohr der jungen aufstrebenden Sindh Mittelschicht. Ihr ist auch die JSSF zuzuordnen. Die aufstrebende Mittelschicht hatte in den Gebieten der Feudalherren keine Entfaltungsmöglichkeit und konzentrierte sich daher bald auf Hyderabad als politisches, soziales und wirtschaftliches Zentrum. In Karachi war sie zahlenmäßig zu gering, um Einfluß auszuüben. Dort fand der sozio-ökonomische Konflikt in erster Linie zwischen Mohajirs auf der einen und Punjabis und Pakhtunen auf der anderen Seite statt. In Hyderabad dagegen wurde der Kampf um Jobs und Studienplätze zwischen den Sindh einerseits und den Mohajirs andererseits geführt.



### Mohajirs und Sindh: Pole des Konfliktes

Die MQM hatte in der Vergangenheit ihre politische Ausrichtung mehrmals geändert. Gegründet wurde diese Bewegung, da die Mohajirs sich weder durch die Feudalherren des ländlichen Sindh noch durch die Mitte-links Parteien angemessen repräsentiert fühlten. Die Bewegung verfolgte zunächst das Ziel, die Gegensätze zwischen dem ländlichen und dem städtischen Sindh zu überwinden. Sie verfocht anfangs eine Pro-Sindh-Politik, im Schulterschluss mit den Sindh gegenüber dem Einfluß des Zentrums. Jedoch begannen insbesondere die

Gegenüber der wachsenden Sindh-Mittelschicht fühlten sich die Mohajirs Hyderabads bald unter Druck. Sie beschuldigten die Sindh der Diskriminierung und forderten separate Universitäten für Sindh. Die Polarisierung nahm zu: Der MQM unterstützte Bürgermeister war mit dem extremen, zunehmend radikalisierten Teil der Sindh konfrontiert. Im Juni und Juli 1988 kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen. Unter den Mohajirs gewannen die Politiker früherer Zeiten an Einfluß, die für eine Mohajir-Sindh-Einigkeit schon immer wenig Sympathien gezeigt hatten: Der unversöhn-

# HYDERABAD

aus: 'Herald', Karachi

liche Pro-Zentrum-Flügel wurde stärker. Da beide, MQM und SNA, die Mittelschicht mit gleichen ökonomischen Interessen vertraten, kam es fortwährend zu Konkurrenzen, die schließlich zu gewaltsamen Zusammenstößen führten. Hinzu kam bei der SNA das Wissen darum, daß sie in Karachi zahlenmäßig kaum jemals Einfluß gewinnen könnte. "Fight for Hyderabad" war daher der Slogan, mit dem sich die Sindh zu einem urbanen Stützpunkt im Sindh erhalten wollten. Dies ist der Hintergrund, vor dem das Massaker in Hyderabad und seine Fortsetzung in Karachi Ende September 1988 stattfand.

## Die Wahlen im November 1988

Zwei Monate später, im November 1988, fanden die ersten freien nationalen Parlamentswahlen nach elf Jahren statt. Dabei zeigte sich, daß das Wahlverhalten der ethnischen Gruppen sich wesentlich verändert hatte. Noch 1985 hatten sich die Volksgruppen überethnischen Parteien angeschlossen: Urdu-sprechende Gruppen wählten meist religiöse Parteien, die JUP oder die JI, Punjabis und Pakhtunen neigten der 1985 wiedergegründeten Zia-konformen Muslim Liga, der oppositionellen PPP (Pakistan People's Party) oder der NAP-ANP Achse (NAP: National Alliance Party, ANP: Awami National Party) (8) zu.

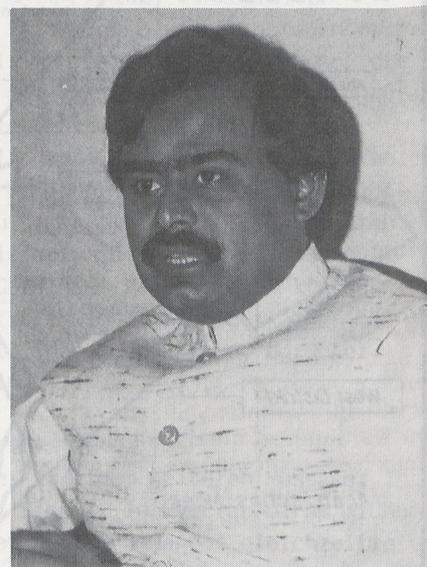
Bei den jüngsten Wahlen im November war jedoch die ethnische Zugehörigkeit das alles entscheidende. Mohajirs wählten nun die MQM (Mohajir National Front) und die übrigen Wähler wandten sich ebenfalls ethnisch orientierten Parteien zu, so etwa der Punjab Pakhtun Ittehad (PPI: Punjab-Pakhtun-Einheitsfront) (9). So siegten in der Provinz Sindh in elf vorwiegend ländlichen Bezirken die PPP, in den beiden größten städtischen Bezirken Karachi und Hyderabad die MQM.

In Karachi fielen bei den Wahlen elf der dreizehn Sitze an die MQM; die PPP konnte die übrigen beiden Sitze für sich verbuchen (vergl. Karte Wahlkreise Nr. 184 und 189). Dieses Ergebnis ist, abgesehen vom veränderten Wahlverhalten der Ethnien, auch noch aus einem anderen Grund erwähnenswert: Die MQM hatte nicht als Partei an den Wahlen teilgenommen, sondern hatte 'unabhängige' Kandidaten in den Wahlkampf geschickt. Vermutlich hatte sie befürchtet, daß sie aufgrund des Wahlgesetzes als ethnische Partei ausgeschlossen werden könnte. Es gelang ihr, für elf ihrer dreizehn 'unabhängigen' Kandidaten das gleiche Wahlsymbol zuteilt zu bekommen: Einen Drachen. Mit diesem Wahlsymbol konnte sie als Gruppe in Erscheinung treten, ohne als solche offiziell registriert zu sein. Erfolgreich war die MQM nicht nur in Gebieten niedriger bis mittlerer Einkommen (10), sondern auch in solchen, die

der oberen Mittelschicht zugeordnet werden, etwa Defense Colony und Clifton. Diese Schicht, die Politik und Wahlen häufig für 'lawless' hält und sich ihnen verschließt, war für die parteilose Persönlichkeitswahl, wie sie die Kandidaten der MQM boten, empfänglich. Sorge um eventuelle Verstaatlichungen bei einem Wahlsieg der PPP mögen ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Hinzu kam, daß die wirtschaftlich starke, während der 40er Jahre in der Pro-Pakistan-Bewegung engagierte Shia-Memon-Gemeinde, die MQM öffentlich, auch finanziell, unterstützte. Die aus dem indischen Bombay und Kalkutta stammenden geschäftstüchtigen und kapitalstarken Memons sahen sich offenbar in ihren Interessen und vor der Bedrohung durch die aus dem westlichen Punjab stammende einflußreiche Chinioti-Geschäftsgemeinde durch die MQM geschützt. Später wählte die MQM einen Memon-Vertreter zum Bürgermeister und in die Nationalversammlung. Bemerkenswert ist außerdem, daß fast alle Kandidaten der MQM als Parlamentsneulinge einen Sitz erringen konnten.

Das Wahlverhalten der Mohajir-Gemeinde war auch schon in der Vergangenheit für Überraschungen gut: Unter Feldmarschall Ayub Khan, der Pakistan von 1958 bis 1969, meist unter Kriegsrecht, regierte, rückten viele Wähler der Mohajir-Gemeinde nach 'links' und gaben der PPP ihre Stimmen. Später wählte die Gemeinde konservativ: JI und JUP. 1985 gab sie einen Großteil ihrer Stimmen der extremen Rechten, etwa der Muslim-Liga. Vermutlich hat ihre leidige Erfahrung, das vergebenen Stimmen nicht zum ihrem Vorteil gereichten, dazu geführt, daß sie schließlich MQM, sich selbst gewählt hat.

Altaf Hussain,  
Vorsitzender der  
einflußreichen  
Mohajir National  
Front (Foto:  
'Herald' Karachi



Die Situation im Sindh stellte sich nach den Wahlen folgendermaßen dar: Im gesamten ländlichen Sindh hatte die PPP die Mehrheit der Sitze erringen können. Im städtischen Sindh dagegen, genauer gesagt in Hyderabad und Karachi, hatte die MQM gesiegt. Die MQM hatte nun eine Reihe von Optionen: Sie konnte die PPP im Zentrum unterstützen und im Sindh in der Opposition bleiben oder aber im Zentrum die IJI (Islami Jamhoori Ittehad: Islamische Republikanische Vereinigung, ein Zusammenschluß der Muslim-Liga mit zum großen Teil konservativ-religiösen Parteien gegen die PPP) und im Sindh



Gewalt auf der Straße und Gewalt im Film. Kinoreklame in Karachi: "Kill and Kill again" (Foto: Stachelscheidt)

die PPP unterstützen. Möglich war auch, auf beiden Ebenen mit der PPP zusammenzuarbeiten oder auch auf beiden Ebenen mit der IJI.

### Die Karachi-Deklaration

Die PPP war mit ihrer Zweidrittel-Mehrheit im Sindh nicht auf eine Zusammenarbeit mit der MQM angewiesen. Für eine gemeinsame Regierungsbildung sprach jedoch der Einfluß der MQM in den Städten Karachi und Hyderabad sowie der Umstand, daß sie die Urdu-sprachige Bevölkerung vertrat. MQM und PPP unterzeichneten schließlich ein 59-Punkte-Programm, die sogenannte 'Karachi-Deklaration'. Darin vereinbarten sie, durch eine gemeinsame Regierung die sozialen Unterschiede und die ethnischen Probleme zu glätten, um so den städtischen und ländlichen Sindh wiederzuvereinigen. Die meisten in der 'Karachi-Vereinbarung' genannten Punkte waren allgemeiner Art: Zum Beispiel die Verbesserung der Wohnsituation, der Wohlfahrtsmaßnahmen des Staates, der öffentlichen Transportmittel und der Kanalisation. Konfliktpotential bot die Umsetzung der 'Karachi-Deklaration' in zweierlei Hinsicht: Zum einen aufgrund der MQM-Forderungen, die in ihr nicht explizit berücksichtigt wurden, zum anderen aufgrund einiger Vereinbarungen, die nicht eingehalten wurden.

Zwei Forderungen, die in der Vereinbarung keine Berücksichtigung fanden, wurden von der aus den Wahlen gestärkt hervorgegangenen MQM gestellt: Die Mohajir sollten als eigenständige Nationalität anerkannt und in Verwaltung, Militär und Bildungsinstitutionen in den Provinzen und im Zentrum proportional repräsentiert werden. Beide Forderungen sind jedoch unter den gegebenen Umständen nicht realisierbar. So kann die Nationalitätenfrage höchstens eine Debatte innerhalb der Parteien auslösen. Die Verfassung Pakistans kennt nur eine Nationalität, die Pakistanische. Die vier Provinzen Baluchistan, North-West-Frontier-Provinz (NWFP), Punjab und Sindh sind lediglich Verwaltungs-

einheiten, keine Nationalitäten. Folglich können auch die Mohajirs ohne Verfassungsänderung nicht als separate Nationalität anerkannt werden.

Um die Forderung nach proportionaler Repräsentation zu erfüllen, müßte das existierende System, öffentliche und halb-öffentliche Stellen bei Militär, Verwaltung und Regierung zu besetzen, verändert werden. Im Sindh existiert ein Quoten-System, welches die ländlich-städtischen Disparitäten ausgleichen soll, angefangen beim Zugang zu höherer Bildung bis hin zur Besetzung öffentlicher Stellen. Aufgrund der höheren Alphabetisierungsrate in den Städten besuchen nämlich mehr Städter weiterführende Schulen, Universitäten und Berufsfachschulen als die Bewohner des ländlichen Hinterlandes. Die städtischen Schulen scheinen zudem eine qualifiziertere Ausbildung zu bieten als vergleichbare Einrichtungen auf dem Land. Neben diesem formalen Erziehungswesen besteht noch das traditionelle, das seit 1981 formale Anerkennung genießt. Hier wird ein theologisch ausgerichteter Lehrplan angeboten, der neuerdings mit 'modernen' Unterrichtsfächern angereichert ist. Es hat sich jedoch in den Augen der Bürokratie bislang noch nicht dem formalen Schulwesen gleichwertig erwiesen.

Da die Mohajir fast ausschließlich in den Städten anzutreffen sind, haben sie schon von ihrem Wohnort her bessere Chancen im Wettbewerb um Ausbildungsplätze als ländliche Sindhis. Zudem sind die Mohajirs weder durch Stammeszugehörigkeit und Stammestradi-tion noch durch Abhängigkeiten von Feudalherren lokal gebunden. Entsprechend höher ist ihre soziale und wirtschaftliche Mobilität. Angesichts dieser Vorteile für Mohajirs werden die Sindhis nicht bereit sein, das Quoten-System, das Bewerber aus ländlichen Gebieten gegenüber denen aus städtischen Gebieten bevorzugt, in Frage zu stellen. Eine proportionale Repräsentation der Mohajirs kann aber kaum erreicht werden.

Die Forderungen der MQM zeigen, daß sie die Symptome ihrer Situation bekämpft, ohne bei den Ursachen für den Wettbewerb um öffentliche Stellen und das Quoten-System anzusetzen. Öffentliche Stellen bei Militär, Verwaltung und Regierung sind deswegen so begehrt, weil sie gleichbedeutend sind mit politischem Einfluß und der damit verbundenen wirtschaftlichen Macht. Angehörige einer ethnischen Gruppe können dafür sorgen, daß Mitglieder der eigenen Ethnie eingestellt oder befördert werden, daß wirtschaftliche Aufträge an die eigene Gruppe vergeben und das wirtschaftliche Fortkommen Gruppenfremder gebremst wird. Den Einfluß, den Stelleninhaber der eigenen Gruppe ausüben können, ist deshalb so wichtig, weil die regulären Verwaltungs- und Ausschreibungswege ohne ihn oft nicht erfolgreich begangen werden können. Wer keinen einflußreichen Gruppenangehörigen zum Beispiel in der Steuerverwaltung hat, zahlt häufig erheblich mehr Steuern, als andernfalls. Die Begünstigungen durch Regierungsprogramme erreichen häufig in erster Linie die Gruppenmitglieder der dabei eingesetzten Regierungsbeauftragten. Für die Bewohner ländlicher Gebiete ist eine Quotenstellung außerdem attraktiv, da die Chancen zum sozialen Aufstieg auf dem Land sehr gering sind. Die Macht des Feudalherrn läßt oft nur 'sein' Recht gelten. Die ländliche Infrastruktur ist unzureichend und verfällt zusehends. Außerdem erhält das Quoten-System durch die Arbeitslosigkeit sowohl auf dem Land wie in der Stadt Bedeutung. Da die 'Karachi-Vereinbarung' diese beiden zentralen Forderungen der MQM, die Nationalfrage und die Frage der proportionalen Repräsentation, nicht explizit berücksichtigt, und so die Militanten unter den Mohajirs kaum zufrieden sein dürften, sind weitere Konflikte zu erwarten.

Weiteres Konfliktpotential bergen andere Punkte. Die Vereinbarung, daß alle Pakistanis im Ausland die gleichen Bürgerrechte genießen, wie pakistanische Staatsbürger, wurde auf Drängen der MQM getroffen. Damit soll die Rückführung "steckengebliebener Pakistanis", also derjenigen, die bei der Abspaltung Ost-Pakistans zurückblieben, aber sich Pakistan zugehörig fühlen (Biharis), ermöglicht werden. Auch die Vereinbarung, alle Gerichtsurteile, die unter dem Kriegsrecht ab 1977 gefällt und in denen Mohajirs verurteilt wurden, erneut zu überprüfen, sollte zu Differenzen mit der PPP führen. Das gleiche gilt für die Vereinbarung, die Angehörigen der Opfer der Massaker in Karachi und Hyderabad im September und Oktober 1988 zu entschädigen.

Nach den Wahlen gestand die PPP der MQM zwei Minister im Kabinett der Sindh-Provinzregierung zu und machte einen Vertreter der MQM zum Vize-Präsidenten des Sindh-Provinzparlaments. Der MQM war offenbar schon bald klar, daß sie mit einer umfassenden Erfüllung der Vereinbarungen nicht rechnen konnte. Ein führendes Mitglied der MQM bezeichnete die Minister im Sindh-Kabinett als einflußlos und wies jede Verantwortung von sich, falls die Vereinbarungen nicht eingehalten würden. Beide Parteien, MQM und PPP, befanden sich nun

in einer Zwickmühle: falls die Forderungen nicht umgesetzt würden, riskierte die MQM das ihre Wähler frustriert und desillusioniert würden; die PPP riskierte ihren Rückhalt in ihrer Überwiegend Sindh-Wählerschaft zu verlieren, falls sie die Forderungen erfüllte.

Die in der 'Karachi-Vereinbarung' angelegten Konflikte ließen nicht lange auf sich warten: Als die PPP sich einen einflußreichen Posten im Bereich der Stellenvergabe vorbehielt, kam es zu verbitterten Kontroversen. Der Druck auf die MQM stieg nicht nur, weil sie ihren Anhängern nicht die erwarteten Jobs verschaffen konnte. Die Wiederaufnahme bzw. die Freilassung der unter Kriegsrecht verhafteten Mohajirs ging ebenfalls nur schleppend voran. Während die MQM erwartete, daß ihre Mitglieder wie alle politischen Gefangenen umgehend freigelassen würden, machte die PPP geltend, daß es sich dabei um Personen handele, die wegen Mord, Mordversuch und ähnlich ernster Vergehen inhaftiert seien. Sie weigerte sich, in den Verlauf der Justiz einzugreifen. Die MQM dagegen hielt die Anschuldigungen, die noch unter Kriegsrecht erhoben worden waren, für falsch. Auseinandersetzungen gab es auch in der Frage der Zurückführung der Biharis. Die SNA (Sindh National Alliance) hatte eine Anti-Rückführungs-Demonstration geplant, die am 21. März stattfand. Die strikte Unterbindung dieser Aktion durch die PPP genügte der MQM allerdings nicht. Stattdessen forderte sie die sofortige Rückführung. Mit der IJI, der Oppositionspartei im Bundesparlament in Islamabad, vereinbarte sie, in dieser Frage dort gegen die PPP-Politik zu agieren. Die PPP war nunmehr von allen Seiten bedrängt: Von den Sindh, die ihr nicht zur Macht im Sindh verhalfen; von der MQM, auf deren Kooperation sie angewiesen war, um den städtischen Sindh zu befrieden, und von der IJI-Opposition im Nationalparlament.

### Erneute Unruhen

Zwischen dem 9. und dem 18. März kam es erneut zu Unruhen in Karachi. Am 9. März ereignete sich zweierlei: Die MQM meldete ein versuchtes Attentat auf ihren Anführer Altaf Hussain und in Model Colony (Arbeiterschaft, ländliche Sindh-Gebiete) wurde ein Pathanenjunge ermordet. Die MQM hatte am gleichen Tag eine Aktion gestartet, um die Auslieferung der ihr mißliebigen Urdu-Tageszeitung 'Jang' zu verhindern. Dazu kontrollierten MQM-Sympathisanten nicht nur Lastwagen und öffentliche Transportmittel sondern auch private Fahrzeuge, was die Angehörigen anderer Volksgruppen empörte. Als sich zwei Tage später die 'Jang-Aktion' als erfolgreich erwies, steigerten zwei Zwischenfälle die Spannung in der Stadt: Im wohlhabenden Gushan-e-Iqbal-Viertel wurde ein Mohajir-Junge ermordet und Pakhtunen griffen das Haus eines Mohajirs an, den sie für den Mord an dem Pathanen-Jungen zwei Tage zuvor verantwortlich machten. Im Gegenzug starteten Mohajirs in Model Colony und Saudabad Unruhen, bei denen mehrere Geschäfte teils beschädigt teils zerstört wurden und ein Mann ums Leben kam. Als in den

betroffenen Stadtvierteln eine Ausgangsperre verhängt wurde, griffen die Unruhen von dort auf die Shah Faisal Colony (wohlhabende Gebiete, auch Kacha Abadis) über. Auch dort wurden Läden zerstört und Personen verschiedener Ethnien kamen ums Leben. Nicht einmal die Ausgangsperre konnte die Unruhen unterbinden. Am 12. März versuchte eine Gruppe, einen Mann, ein Mitglied der PPI (Punjabi Pakhtu Ittehad) aufzuspüren, der in die Gewalttätigkeiten verwickelt gewesen sein sollte. Ihm gelang die Flucht. Im Feuergefecht kam jedoch ein zwölfjähriger Pakhtune, der gerade Brot holen wollte, um. Ein verletzter junger Mohajir erlag später seinen Verletzungen. Die Mohajir-Gemeinde glaubte, daß zwei Leichen, die beide der Urdu-Bevölkerung zugeordnet wurden, einer von Kugeln durchlö-

in der Nähe von Sindhi-Dörfern gefunden worden. Damit sollte deutlich werden, daß die eigentlichen Mörder Sindhis gewesen seien, während den Mohajirs die Schuld an den Morden in die Schuhe geschoben werde. Augenzeugen schlossen diese Version allerdings aus. Die 'Malir-Morde' lösten eine Welle der Panik in der Stadt aus, die besonders die Viertel früherer Unruhen ergriff. Die Einwohner von Nizamabad, Orangi, Liaquatabad, Korangi und Landhi befürchteten Vergeltungsschläge.

Die Unruhen setzten sich am 12. April fort. Während der Führer der MQM, Altaf Hussain, sich mit der Premierministerin und Vorsitzenden der PPP, Benazir Bhutto traf, kam es erneut zu Schießereien in einem



Überreste eines Jeeps nach Ausschreitungen in Karachi (Foto: 'Herald', Karachi)

chert, der andere auf den Gleisen von einem Zug zerfetzt, auf das Konto ihrer Gegner gingen. Die Spannung stieg weiter, das Militär kontrollierte weite Teile der Stadt. Am 17. März gingen von einem Punjabi-Trauerzug in der Nähe der Shah Faisal Colony und dem Rifa-e Aam Viertel Unruhen aus, obwohl der Verstorbene nicht Opfer der Gewalttätigkeiten der vorangegangenen Tage geworden war. Geschäfte wurden zerstört und niedergebrannt. Am 18. März kam es zum Höhepunkt der Unruhen: Im Malir-Viertel und seiner Umgebung schossen Scharfschützen auf Punjabis und Pakhtunen. Mindestens 12 Tote und 24 Verletzte, von denen später zwei starben, waren die traurige Bilanz. Es kursierte ein handgeschriebenes Pamphlet, unterzeichnet von den "Bewohnern Karachis", in dem es hieß, die PPP habe sich mit der JSSF gegen die Mohajirs vereinigt. Die Körper der 'Malir-Leichen', so hieß es weiter, seien

Dutzend Städten. Die meisten Opfer waren Sindhis.

Die Gespräche zwischen dem moderaten MQM-Flügel und der PPP schienen vom militanten MQM-Flügel mißbilligt zu werden, was sich in den neuerlichen Unruhen niederschlug. Die nachfolgenden Disziplinierungsmaßnahmen innerhalb der MQM gegen militante Mitglieder ließ zunächst erwarten, daß der moderate Flügel die Oberhand behalten würde. Der Druck von der MQM-Basis war jedoch groß genug, um anläßlich eines weiteren Zwischenfalls Ende April den Rückzug der MQM aus der Sindh-Regierung einzuleiten. Anlaß war die kurzfristig vom Militär verhängte Ausgangsperre in einem Stadtteil von Hyderabad, in dem sich Altaf Hussain zur Bewichtigung militanter MQM-Mitglieder aufhielt, und die gleichzeitige Verhaftung von vier MQM-Mitgliedern. Mit der Rückgabe der drei Regierungsämter der MQM war

der Versuch gescheitert, eine dauerhafte Regierung zu bilden, in der die beiden großen ethnischen Gruppen des Sindh, die Mohajirs und die Sindhis vertreten gewesen wären.

Aber nicht nur die MQM war in Bedrängnis, für ihre Mitarbeit in der Regierung den Rückhalt der Basis zu finden. Ähnliche Schwierigkeiten hatte auch die PPP. Aus den eigenen Reihen wurde Kritik unter den Sindh-Parlamentsabgeordneten laut, die vom ehemaligen PPP-Provinzvorsitzenden Makhdoom Khaliq-uz-Zaman angeführt wurde. Da die meisten Wähler der PPP Sindhis waren, fühlten sich viele Abgeordnete veranlaßt, Sindh-nationalistische Aspekte in die PPP-Politik einfließen zu lassen. Jeder Gewaltausbruch verstärkte solche Tendenzen und ließ die "Nationalisten" in der PPP zunehmend extreme Positionen einnehmen.

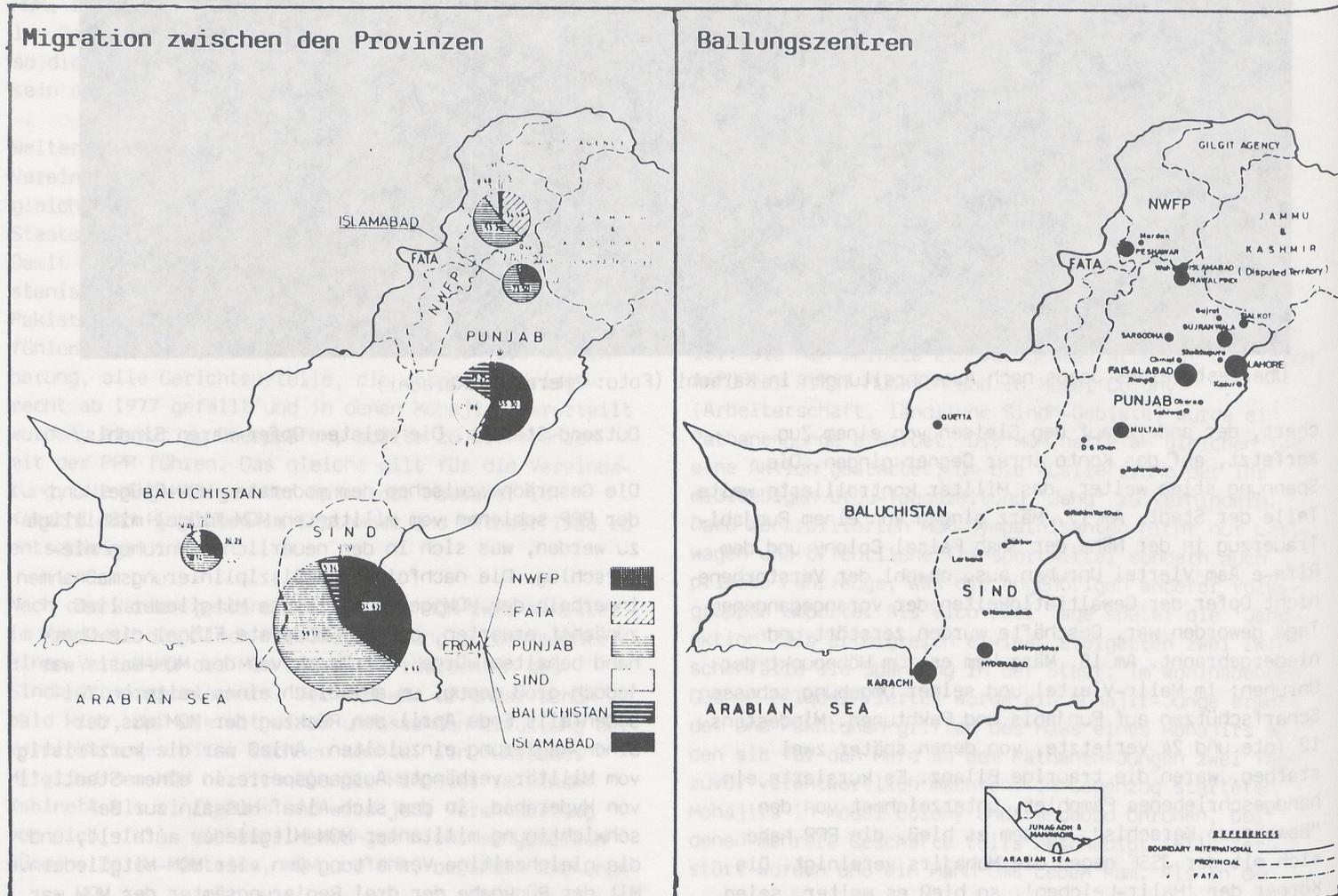
### Macht der Straße - Ohnmacht der Politiker

Die ethnische Spaltung der Provinz hat dazu geführt, daß gewählte Vertreter eines Bezirks keinen Vertretungsanspruch für andere, außerhalb ihrer Ethnie beheimatete Mitglieder erheben können. Die Regierung ist daher - trotz des überwältigenden Wahlsiegs - nur beschränkt arbeitsfähig. Sie muß die Sindhis davon überzeugen, nicht pro-Mohajir zu sein; den Mohajirs hingegen muß sie das Gefühl vermitteln, daß sie deren Forderungen berücksichtigt.

In der Provinz ist es in den letzten Monaten zu vermehrten Zu- und Abwanderungen gekommen. Zwar schwanken die Schätzungen von einigen hundert bis zu zehntausend Familien, die ihren Wohnsitz verlegt haben. Eindeutig ist jedoch das Abwanderungsmuster: Sindhis verlassen Mohajir-beherrschte Gebiete und Mohajirs aus dem inneren Sindh suchen zunehmend die Städte auf.

Die Hintergründe für all diese Unruhen bleiben vorerst im Dunkeln. ISSF, SNA und auch die PPP vermuten hinter den Zusammenstößen den Versuch der Mohajirs, Karachi in eine autonome Mohajir-Provinz ("Mohajir-suba") zu verwandeln, um den wirtschaftlichen und politischen Einfluß der Gemeinde zu vergrößern. Andere vermuten, daß durch die Unruhen die Position der PPP in der Provinz geschwächt werden soll. Auch Verbindungen zu den Geschehnissen im Punjab, in dem ein neues Punjab-Bewußtsein wächst, werden vermutet. Die Ursachen sind jedoch wohl kaum im politischen Taktieren der verschiedenen Interessengruppen zu suchen, sondern in den zugrundeliegenden wirtschaftlichen und politischen Bedingungen, die einer Entfaltung aller Bevölkerungsschichten und Gruppen - nicht nur in Karachi - entgegenstehen.

Gegenwärtig scheint die Angst vor einem Eingreifen des Militärs zur Befriedung der Provinz die moderaten Töne





Benazir Bhutto steht vor großen Problemen in Pakistan.  
(Foto: India Today)

in den Reden der Anführer der verschiedenen Gruppen zu bestimmen. Eine Machtaufteilung zwischen allen Gruppierungen des Sindh sowie die Möglichkeit, durch eine Dezentralisierung der politischen Macht die Lage zu entschärfen, ist im Gespräch. Die PPP hat eine Konferenz am 'runden Tisch' für alle Beteiligten vorgeschlagen und damit die Verantwortung für die Erhaltung des Friedens in der Region an alle Gruppen weitergegeben. Eine Lösung des zugrundeliegenden Konflikts ist damit allein jedoch noch nicht in Sicht.

Christine Gieraths und Jamal Malik

(Der Beitrag stützt sich auf Veröffentlichungen in den pakistanischen Zeitschriften 'Herald' - Oktober 1988 bis Mai 1989; 'Viewpoint' - September 1988 bis April 1989 sowie auf die Zensus-Berichte von 1981.)

#### Anmerkungen:

(1) Diese fundamentalistische urbane Vereinigung rekrutiert ihre Mitglieder meist aus dem Mittelstand. Sie wurde in den vierziger Jahren von A.A. Maududi (gest. 1979), dem Chefideologen dieser islamischen Bewegung, ins Leben gerufen. Heute ist sie die am besten organisierte religiös-politische Partei des Landes und hat besonders großen Einfluß im Erziehungswesen.

(2) Die Organisation, 1978 an der Karachi Universität von Altaf Hussain, dem damaligen Vorsitzenden, gegründet, beanspruchte, die Interessen der aus Indien geflüchteten Urdu-sprachigen Muslime zu vertreten.

(3) Als religiös-politische Partei war die JUP 1947 durch Pakistan-freundliche islamische Geistliche gegründet worden. Sie vertrat der JI entgegengesetzte ideologisch/theologische Interessen. Ihre Mitglieder entstammen ländlichen Bevölkerungsschichten oder gehören - seltener - den Urdu-sprachigen Flüchtlingen (Mohajirs) an.

(4) Die MQM propagiert seit 1983 den "Mohajir Nationa-

lismus" und ist aus der APMSO hervorgegangen. Sie rekrutiert ihre Mitglieder aus dem Urdu-sprechenden Mittelstand, vor allem in Hyderabad und in der Provinz Sindh. Ihre Vorsitzenden sind Altaf Hussain und Azim Tariq.

(5) Die 'Lines Area' umfaßt die folgenden Siedlungen: Jacob Lines, Behind Jacob Lines, Central Jacob Lines, Jutland Lines, Abyssinia Lines, Tunisia Lines, Sir Shah Nawaz Bhutto Colony, Khudadad Colony.

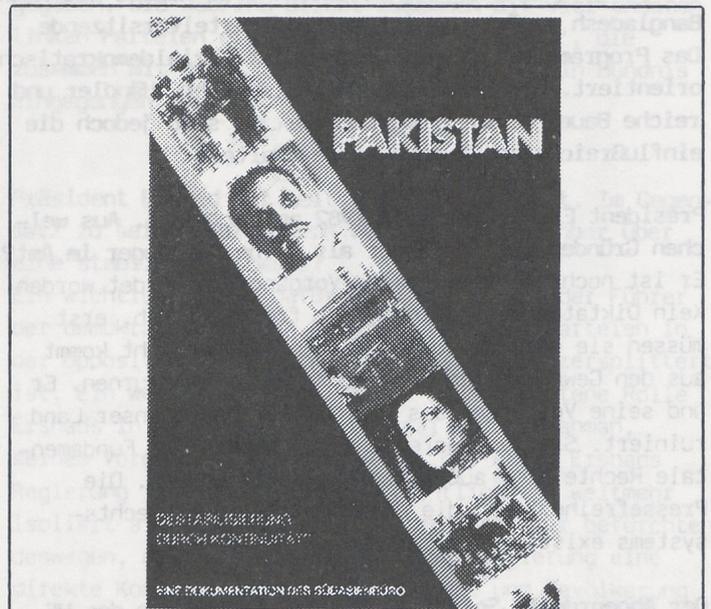
(6) Diesmal waren es die Siedlungen Khokarapur, Malir, Landhi, Korangi, Shah Faisal Colony.

(7) Es handelt sich dabei um eine Sindhi nationalstische Studentenvereinigung, hervorgegangen aus der von G.M. Syed gegründeten Jiye Sindh Mahaz (Front für die Befreiung des Sindh). Die JSSF kämpft für ihre Rechte in "ihrer" Provinz. Ihr Führer, der mit dem Massaker in Verbindung gebracht wird, ist Dr. Qadir Magsi.

(8) Die ANP ist eine Partei mit sozialistischen Tendenzen unter der Führerschaft von Wali Khan aus Peshawar. Sie tritt nur regional begrenzt in der North West Frontier Province und im ländlichen Sindh auf.

(9) Die Partei ist ein Produkt der ethnischen Auseinandersetzungen in Karachi und als Gegenstück zur MQM gegründet worden. Sie soll starke Verbindungen zum von Pakhtunen und Punjabis dominierten Transportwesen in der Metropole haben.

(10) Dazu gehören etwa Orangi, Nazimabad, Malir, Korangi und Landhi sowie die Slumviertel in der Defence Colony und in der Shah Faisal Colony.



**"Pakistan - Destabilisierung durch Kontinuität"**

92 Seiten, 9,50 (einschließl. Versand).

**Zu beziehen:** Südasienbüro e.V.

Große Heimstr. 58, 4600 Dortmund 1